



Appell an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages

Gleiche Mütterrente in Ost und West ab 1. Juli 2014

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,

wir, Frauen und Mütter aus neuen und alten Bundesländern, wenden uns mit folgendem Anliegen an Sie.

Als Abgeordnete des Deutschen Bundestages werden Sie in den nächsten Wochen über das Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetz entscheiden. Der Entwurf für dieses Gesetz enthält eine aus unserer Sicht wichtige Verbesserung bei den Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder. Statt wie bisher nur ein Entgeltpunkt pro Kind soll es ab 1. Juli 2014 zwei Entgeltpunkte geben.

Wir begrüßen diesen Schritt zu mehr Gerechtigkeit, auch wenn damit noch keine Gleichstellung mit den Eltern erfolgt, die für nach 1991 geborene Kinder einen Anspruch auf drei Entgeltpunkte in der Rentenversicherung erwerben.

Praktisch heißt das: Pro Kind wird es mit der Rentenanpassung zum 1. Juli 2014 in den alten Ländern einen Entgeltpunkt in Höhe von 28,61 geben, im Osten Deutschlands dagegen pro Kind einen Entgeltpunkt mit einem Wert von 26,39 Euro.

Fast 25 Jahre nach Vollendung der staatlichen Einheit Deutschlands halten wir es für eine nicht mehr hinnehmbare Ungerechtigkeit, dass Kindererziehung im Osten immer noch schlechter in der Rente bewertet werden soll als in den alten Ländern.

Es geht uns nicht vorrangig um 2,22 Euro mehr, sondern um eine gerechte Anerkennung unserer Leistungen bei der Geburt und Erziehung von Kindern, die selbst heute und noch auf längere Sicht Beiträge in die sozialen Sicherungssysteme einzahlen.

Deshalb wollen wir, dass unsere Leistung wenigstens in diesem Punkt als gleichwertig in der Rente anerkannt wird. Es geht hier nicht um eine schlichte rentenrechtliche Frage, sondern um eine politische Entscheidung, einen Schritt zur Vollendung der deutschen Einheit im sozialen Bereich zu tun.

Wir fordern Sie daher auf, die Einführung der Mütterrente zum 1. Juli 2014 zu nutzen, um die Kindererziehungszeiten in Ost und West künftig bundeseinheitlich auf der Grundlage des aktuellen Rentenwerts (28,61 Euro ab 1. Juli 2014) vorzunehmen.

Berlin, April 2014

Carola Ahlert
Vizepräsidentin
Volkssolidarität

Edda Schliepack
Bundesfrauensprecherin,
Präsidiumsmitglied SoVD

Hannelore Buls
Vorsitzende des
Deutschen Frauenrates

Marlis Tepe
Vorsitzende GEW

Elke Hannack
stellv. Vorsitzende
DGB